A close-up photograph of a person's hands holding a white telescope to their eye. The background is a blurred cityscape under a bright sky with clouds. A red rectangular block is visible in the top right corner of the image.

Christoph Döbele, Xenia Zerweck

WAS WILL HESSEN?

**Politische Einstellungen
und Politikideen**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Das Landesbüro Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Wiesbaden bietet in ganz Hessen und digital Veranstaltungen zur politischen Bildung an: von öffentlichen Diskussionsforen über Ausstellungen, Jugendprojekte und kulturelle Veranstaltungen bis hin zu Kompetenztrainings und Wochenendseminaren.

Die Autor_innen

Christoph Döbele arbeitet als Senior Consultant in der Politikforschung bei Kantar Public. Auf Grundlage quantitativer und qualitativer Forschung berät er Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Medien zu relevanten politischen und gesellschaftlichen Fragen.

Xenia Zerweck arbeitet als Specialist im Bereich Politikforschung für Kantar Public in Berlin und erstellt in dieser Rolle qualitative und quantitative Studien für Kund_innen des öffentlichen Sektors.

Christoph Döbele, Xenia Zerweck

WAS WILL HESSEN?

Politische Einstellungen und Politikideen

INHALT

VORWORT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG	2
1. EINLEITUNG UND METHODIK	3
2. AKTUELLE STIMMUNG UND IDENTITÄT IN HESSEN	5
3. POLITIK IN HESSEN	9
3.1. Wahrnehmung von Politik	9
3.2. Fortschritt und Zukunft	12
4. SPEZIFISCHE POLITIKFELDER	13
4.1. Wirtschaftliche Transformation	13
4.2. Gesundheit	15
4.3. Mobilität und Verkehr	17
4.4. Mieten und Wohnen	19
4.5. Bildung	20
4.6. Umwelt und Klima	21
Anhang	23
Abbildungsverzeichnis	24

VORWORT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Wir leben in politisch herausfordernden Zeiten. Dieser Satz ist schnell gesagt und stimmt wahrscheinlich fast immer. Dennoch ist es gerechtfertigt, ihn momentan besonders hervorzuheben. Während die Klimakrise, die Covid-Pandemie, soziale Ungleichheiten usw. keineswegs an Bedeutung und Lösungsbedarf verloren haben, wurden sie in der öffentlichen Wahrnehmung doch vom Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit seinen vielfältigen Folgen in den Schatten gestellt. Von einer „Zeitenwende“ sprach Bundeskanzler Olaf Scholz und hat damit sicherlich nicht übertrieben. Viele Menschen machen sich große Sorgen, und es fällt ihnen schwer, auf eine Zukunft in Sicherheit, Wohlstand und einer intakten Umwelt zu vertrauen.

Umso wichtiger scheint es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, dass die Bürger_innen in dieser sehr komplexen globalen Konstellation zumindest in ihrem unmittelbaren Umfeld Halt finden. In der vorliegenden Studie wollten wir deshalb herausfinden, wie die Hess_innen zu ihrem Bundesland und den dortigen politischen Herausforderungen stehen. Erfreulicherweise gaben bei der Umfrage im Sommer 2022 vier von fünf Befragten an, mit ihrer derzeitigen Lebenssituation alles in allem zufrieden oder sehr zufrieden zu sein.

Die wirtschaftliche Lage in Hessen und der gesellschaftliche Zusammenhalt werden zwar auch mehrheitlich positiv bewertet, allerdings mit weniger deutlichen Ergebnissen, sodass ein Blick ins Detail lohnt. Diesen liefert die hier vorliegende Studie mit konkreten Nachfragen und aussage-

kräftigen Ergebnissen zu sechs Themenbereichen: wirtschaftliche Transformation, Gesundheit, Mobilität und Verkehr, Mieten und Wohnen, Bildung sowie Umwelt und Klima. Insgesamt zeigt sich: Trotz der großen Lebenszufriedenheit werden hier teilweise sehr deutliche Verbesserungsbedarfe gesehen, derer sich die politisch Verantwortlichen annehmen sollten.

Nicht zu vernachlässigen ist dabei, dass die Hess_innen zwar überwiegend ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik geltend machen, aber auch angeben, die Landespolitik im Alltag deutlich weniger stark wahrzunehmen als die Bundespolitik. Die landespolitischen Akteur_innen stehen also vor der Herausforderung, sich und ihre Ziele überhaupt erst bekannt zu machen und in der Wahrnehmung der Bürger_innen zu verankern.

Als Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) sehen wir im Rahmen unserer politischen Bildungsarbeit unsere Rolle deshalb auch gerade darin, den landespolitischen Themen sowie den unterschiedlichen Ideen und Lösungsansätzen hierzu weiterhin ausreichend Raum zu geben und diejenigen Inhalte ins Zentrum zu rücken, die die Menschen in Hessen offenbar besonders umtreiben. Wir freuen uns auf einen konstruktiven Austausch über die Ergebnisse dieser Studie.

Simon Schüler-Klößner

Kommissarischer Leiter des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

1.

EINLEITUNG UND METHODIK

Die politische Soziologie beschreibt eine Entwicklung der modernen (westlichen) Gesellschaften, die seit den 1960er Jahren durch die Stichworte Wertewandel, Individualisierung und Erlebnis- bzw. Risikogesellschaft (Ulrich Beck) gekennzeichnet ist. Auch für Deutschland gilt: Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft ist eng verknüpft mit der Auflösung weitgehend homogener sozialer Milieus, in deren Folge traditionelle Parteibindungen abnehmen und sich neue gesellschaftliche Konfliktlinien wie zwischen „Kosmopolitismus und Kommunitarismus“ (Wolfgang Merkel) herausbilden. Neben diesen sozialen und kulturellen Dimensionen zeigen sich auch geografische Konfliktlinien zwischen Stadt und Land. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um die von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan 1967 beschriebene Kluft (Cleavage) zwischen Stadt und Land, die im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstand und zwischen dem primären und sekundären Wirtschaftssektor zu verorten ist. Vielmehr manifestiert sich darin wiederum eine sozial-kulturelle Unterscheidung, die nach Wohnort und Verstädterungsgrad differenziert. So sind städtische Ballungszentren durch kulturelle, soziale und ökonomische Differenzierungen auf engem Raum die Treiber des gesellschaftlichen Wandels. Pluralität, Individualisierung, Hedonismus, flexible(re) Familienkonstellationen, Migration und multikulturelle Vielfalt sind für sie kennzeichnend.

Das Flächenland Hessen ist einerseits vom wirtschaftlich starken Zentrum der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main im Süden des Landes geprägt, verfügt andererseits aber auch über stärker ländlich geprägte Räume mit Mittelzentren in der Mitte und im Norden. Entsprechend ungleich ist die Bevölkerung im Bundesland verteilt: Nach aktuellem Mikrozensus leben im Regierungsbezirk Darmstadt allein etwa 64 Prozent der hessischen Bevölkerung, während auf die Regierungsbezirke Gießen (ca. 17 Prozent) und Kassel (ca. 19 Prozent) deutlich geringere Bevölkerungsanteile entfallen.

Regionale politische Unterschiede manifestierten sich zuletzt bei der hessischen Landtagswahl 2018: Die CDU offenbarte (wie bei anderen Wahlen) vor allem eine Schwäche in den Großstädten (22,5 Prozent gegenüber landesweit 27,0 Prozent Zweitstimmenanteil). Die Grünen wurden dagegen in den urbanen Zentren (25,5 Prozent) stärkste Kraft, während sie in den stärker ländlich geprägten Regierungsbezirken Gießen (16,8 Prozent) und Kassel (16,7 Prozent) nur unterdurchschnittlich abschnitten. Die SPD konnte in Nordhessen/Regierungsbezirk Kassel (23,6 Prozent) vergleichsweise am besten abschneiden – im bevölkerungsstarken Regierungsbezirk Darmstadt erreichte sie dagegen nur einen Zweitstimmenanteil von 18,1 Prozent.

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie, welche politischen Einstellungen und Sichtweisen die wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen hat, welche Erwartungshaltungen angesichts der aktuell wahrgenommenen Themen und Herausforderungen gegenüber der Politik bestehen und welche Politikvorschläge und -ideen die Befragten in diesem Kontext selbst einbringen. Dabei werden Gemeinsamkeiten und Spezifika gegenüber der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland, aber auch innerhalb der unterschiedlichen Regionen Hessens herausgearbeitet. Die Regionalstudie ist für die auftraggebende FES von besonderem Interesse, um die Bildungsarbeit der Stiftung weiterzuentwickeln und auf gesellschaftliche Trends und Entwicklungen abzustimmen. Ziel der Studie ist es daher, Handlungsempfehlungen hinsichtlich des Agenda-Settings sowie der Zielgruppenansprache für die politische Bildungsarbeit in Hessen zu entwickeln.

Grundlage dieser repräsentativen Studie ist eine Bevölkerungsbefragung unter 1.288 Personen der wahlberechtigten Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren. Die Befragung wurde vom 7.–18.6.2022 durchgeführt. Die Daten wurden als

„Mixed-Mode“ erhoben, einer Kombination aus telefonischer Befragung (CATI) und Online-Befragung (CAWI). 650 Personen wurden telefonisch befragt (Zufallsstichprobe für Festnetz nach den Regeln des Arbeitskreises deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V.), 638 mithilfe eines offline rekrutierten Online-Panels (Quotenstichprobe nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Regierungsbezirk). Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei zwölf Minuten. Die Daten wurden sowohl design- als auch faktoriell gewichtet nach der amtlichen Statistik des Landes Hessen.

In einer separaten Studie wurde anschließend vom 2.–4.8.2022 eine Online-Community durchgeführt. Deren Fokus lag auf der Vertiefung und weiteren Analyse ausgewählter Ergebnisse der Repräsentativerhebung vom Juni 2022. Insgesamt 21 Personen bearbeiteten und diskutierten im genannten

Zeitraum verschiedene Aufgaben rund um die politische Lage in Hessen auf einer extra hierfür eingerichteten Online-Plattform. An jedem der drei Tage sollten die Teilnehmenden verschiedene Aufgaben im zeitlichen Gesamtvolumen von jeweils ca. 30 Minuten bearbeiten. Der Bearbeitungszeitpunkt war ihnen innerhalb des entsprechenden Tages selbst überlassen. Die Community moderierten zwei Sozialforscher_innen von Kantar Public, beide zugleich Autor_innen dieses Textes. Die Zielgruppe der Online-Community umfasste wahlberechtigte Personen in Hessen. Die Quotierung der Gruppe erfolgte nach Alter, Geschlecht, formaler Bildung, Tätigkeit sowie Regierungsbezirk. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass es sich bei einer Online-Community um eine qualitative Forschungsmethode handelt, die für sich nicht den Anspruch auf Repräsentativität erhebt.

2.

AKTUELLE STIMMUNG UND IDENTITÄT IN HESSEN

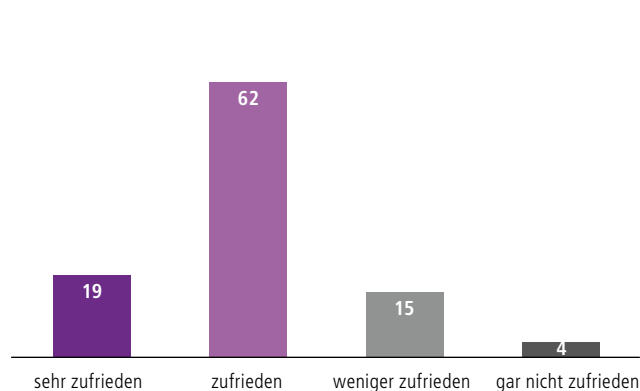
Die Mehrheit der Hess_innen (81 Prozent) zeigt sich insgesamt zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit ihrem Leben. Etwa ein Fünftel äußert sich weniger oder gar nicht zufrieden (19 Prozent). Die subjektive Einschätzung der Lebenszufriedenheit hängt dabei maßgeblich von der eigenen wirtschaftlichen Situation ab. Während sich nur etwa die Hälfte der Menschen mit einem niedrigen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro monatlich zufrieden mit

ihrer derzeitigen Lebenssituation zeigt (53 Prozent), trifft dies in der höchsten Einkommenskategorie von über 3.500 Euro monatlich auf neun von zehn Personen zu (91 Prozent).

Die allgemeine wirtschaftliche Situation in Hessen bewerten im Juni 2022 knapp sechs von zehn Befragten (58 Prozent) als sehr gut oder gut, wobei Männer diesbezüglich etwas positiver gestimmt sind als Frauen (64 vs. 52 Prozent). Größere

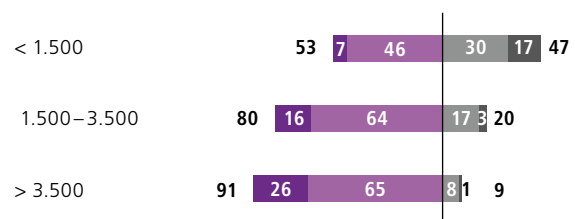
Abbildung 1
Allgemeine Lebenszufriedenheit in Hessen

Frage: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?
Sind sie alles in allem ...?



■ sehr zufrieden ■ zufrieden ■ weniger zufrieden ■ gar nicht zufrieden

nach Haushaltsnettoeinkommen in €



Angaben in Prozent

Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

Quelle: KANTAR PUBLIC

Differenzen zeigen sich hier zwischen den Einkommensgruppen: In der Gruppe mit dem niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen bewertet nur ein Drittel die wirtschaftliche Situation in Hessen als positiv (33 Prozent), unter den Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 3.500 Euro sind es mit sieben von zehn Befragten (70 Prozent) mehr als doppelt so viele. Zudem wird die wirtschaftliche Lage im Bundesland auch von all jenen, die Sorge haben, ihren Job aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung zu verlieren, besonders zurückhaltend bewertet (sehr gut/gut: 36 Prozent). Man kann sagen: Die eigene finanzielle Situation bestimmt in hohem Maße die Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Diese wird zudem in den verschiedenen Regionen Hessens unterschiedlich bewertet. Während im Regierungsbezirk Gießen nur die Hälfte der Bevölkerung die aktuelle wirtschaftliche Situation als (sehr) gut bezeichnet (49 Prozent), sind es in Kassel 56 Prozent und im Bezirk Darmstadt 61 Prozent.

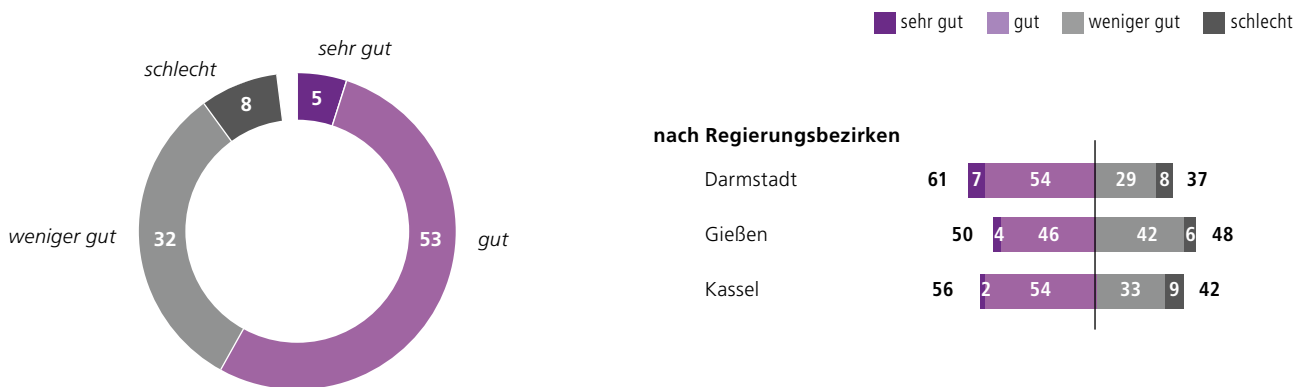
Insgesamt bekundet eine breite Mehrheit der Befragten, sehr gerne in Hessen zu leben, auch wenn dort manches noch verbessert werden kann (94 Prozent). Über alle soziodemografischen Teilgruppen hinweg zeigt sich dieser Befund äußerst stabil und korreliert lediglich mit dem Einkommen und der allgemeinen Lebenszufriedenheit in positiver Richtung.

Diese grundsätzliche Zufriedenheit spiegelt sich auch in der Online-Community wider. Für die Teilnehmenden gründet die Lebensqualität vor allem auf zwei Dingen: Einerseits werden die Städte in Hessen und insbesondere die Metropolregion Rhein-Main als positiv erachtet. Hier gibt es zahlreiche Arbeitsplätze, eine starke Wirtschaft, Diversität und ein breites Kultur- und Freizeitangebot. Auf der anderen Seite wird auch der ländliche Raum in Hessen sehr geschätzt, insbesondere die schöne Natur und die damit verbundenen zahlreichen Erholungsmöglichkeiten.

Abbildung 2

Allgemeine wirtschaftliche Lage in Hessen

Frage: Und wenn Sie an die derzeitige allgemeine wirtschaftliche Situation in Hessen denken: Würden Sie sagen, diese ist...



Quelle: KANTAR PUBLIC

Angaben in Prozent
 Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
 Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

Was Frankfurt so lebenswert macht? Die enorme Vielfalt. Die Gemütlichkeit auf der einen und die Internationalität auf der anderen Seite. Vielfalt trifft auf ganz Hessen zu. Es gibt Metropolen, aber auch kleine gemütliche Städte und schöne Landschaften wie die Bergstraße oder den Odenwald. Man ist gut angebunden durch die Autobahnen und den Flughafen FFM und hat viele Möglichkeiten berufstechnisch.
Männlich, 38 Jahre

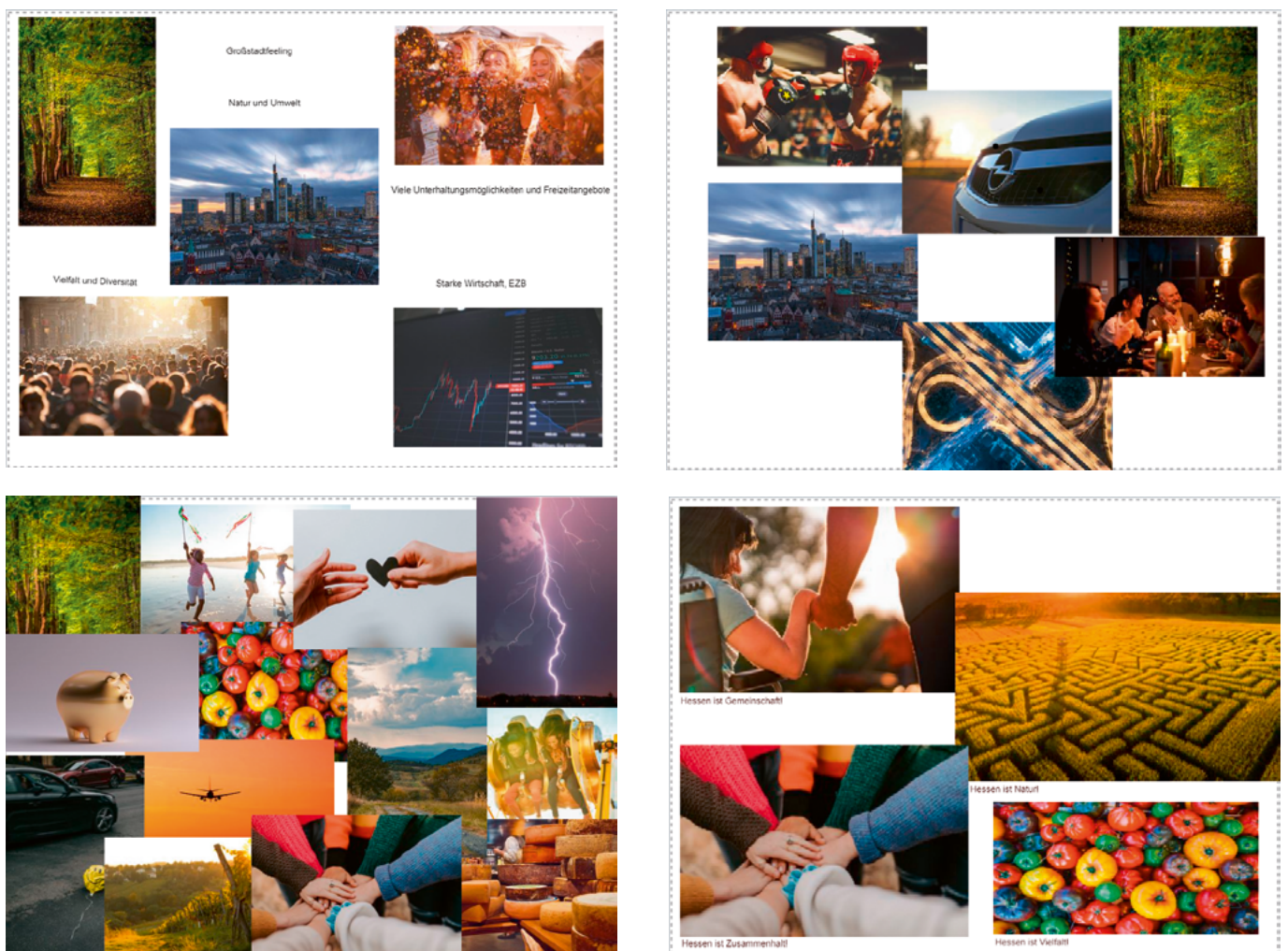
Hessen hat eine starke Wirtschaft, wunderschöne kleine Städte und sehr viel Grün. Man kann gut in Hessen arbeiten und leben sowie seine Freizeit gestalten.
Weiblich, 64 Jahre

In der Online-Community durften die Teilnehmenden auch Collagen zu Hessen erstellen. Fast alle griffen dabei auf Bilder zurück, die den Gegensatz zwischen Großstädten und Natur thematisieren. Darüber hinaus wurde die Gemeinschaft und Lebensfreude der Menschen in Hessen betont.

Diese Attribute zeigen sich auch in der Charakterbeschreibung der in Hessen lebenden Menschen. Sie werden als gesellig, freundlich, offen, humorvoll und hilfsbereit wahrgenommen – negative Attribute werden nur selten verwendet.

Trotz dieser starken Identifikation mit dem Bundesland insgesamt, sind drei Viertel der Befragten der Ansicht (75 Prozent), die Lebensqualität in Hessen unterscheide sich regional sehr stark. Spannend ist hierbei vor allem, dass die Detailanalyse demgegenüber weder signifikante Stadt-Land-Unterschiede noch Differenzen zwischen den Regierungsbezirken aufweist. Menschen, die die Lage der Wirtschaft in

Abbildung 3
Collagen zum Land Hessen



Quelle: KANTAR PUBLIC, Motive <https://unsplash.com/>

Hessen eher positiv bewerten, sehen jedoch vergleichsweise weniger regionale Differenzen (73 Prozent) als Menschen, die diesbezüglich eher skeptisch sind (81 Prozent).

Ähnlich äußern sich auch die Teilnehmenden der Online-Community, die insbesondere auf die Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen Nordhessen und der Metropolregion Rhein-Main verweisen. Weniger Konsens herrscht dagegen in der Frage, wo die Lebensqualität höher ist: Vielfach wird auf die Dichte kultureller Angebote und die gute Infrastruktur in den Ballungszentren, demgegenüber aber auf die Natur und Ruhe im ländlichen Raum rekuriert. Auch Unterschiede in Gehältern und Mieten werden hier genannt.

Es gibt einen großen Unterschied zwischen Stadt und Land bei Infrastruktur, medizinischer Versorgung, Umweltverschmutzung, Wohnqualität, Freizeitgestaltung. Ich bin nicht sicher, wo die Lebensqualität höher ist – auf dem Land oder in der Stadt? Beides hat Vor- und Nachteile.

Weiblich, 39 Jahre

Auch nach den konkreten Vor- und Nachteilen der Region gefragt, in der die Teilnehmenden der Online-Community leben, werden ähnliche Stadt-Land-Unterschiede thematisiert. Beispielsweise wird der öffentliche Personennahverkehr in urbanen Regionen besser bewertet – im gleichen Zug aber auch vielfach ein besserer Ausbau von Fahrradwegen gefordert. Die Frankfurter_innen schätzen zudem die Bildungs- und Berufschancen in ihrer Stadt im Vergleich zu anderen Regionen Hessens höher ein. Gleichzeitig beschweren sie sich aber auch häufiger über Verschmutzung und Kriminalität und beschreiben ein geringeres subjektives Sicherheitsgefühl.

In Frankfurt gibt es sehr gute Bildungs- und Berufschancen, da es viele verschiedene Bildungseinrichtungen und Möglichkeiten gibt. Überdies leben in kaum einer anderen Stadt so viele verschiedene Nationen – die Vielfalt ist groß. Der überwältigende Flughafen macht Frankfurt zu einem interessanten touristischen Ziel, aber auch zum Knotenpunkt für Reisende. In Frankfurt ist die Kriminalitätsrate äußerst hoch, und auch Drogen sind ein großes Problem. In kaum einer anderen Stadt gibt es so harte Extreme zwischen Wolkenkratzern und Wohlstand im Vergleich zu Armut und Elend.

Weiblich, 25 Jahre

In unserer kleinen Stadt (20.000 Einwohner) wird viel geboten. Es gibt unzählige Vereine, eine neue Konzerthalle wird bald eröffnet, mehrere Restaurants, die man zu Fuß erreichen kann, es ist wirklich viel Kaufkraft vorhanden, es gibt viele Veranstaltungen usw. Die Leute hier sind sehr interessiert und engagiert – ich glaube, darum ist mein Ort sehr interessant.

Weiblich, 48 Jahre

In Kassel ist der ÖPNV deutlich besser ausgebaut als in ländlichen Gebieten und anderen Städten. Der Radverkehr ist in Kassel schlechter ausgebaut als in vielen anderen Städten. Das liegt an fehlendem Engagement der Politik und schwerer Nachrüstbarkeit der Radwege.

Männlich, 55 Jahre

Am wenigsten einig sind sich die Befragten bei der Aussage „In Hessen halten die Menschen zusammen“, wengleich auch hier noch knapp zwei Drittel zustimmen (63 Prozent). Es besteht eine positive Korrelation mit hoher Lebenszufriedenheit (68 vs. 42 Prozent), einem positiven Blick auf die hessische Wirtschaft (73 vs. 50 Prozent) sowie einem hohen Haushaltsnettoeinkommen (68 Prozent in der Gruppe mit den höchsten Einkommen vs. 46 Prozent in der Gruppe mit den niedrigsten Einkommen). Außerdem stimmen die Menschen im Regierungsbezirk Gießen häufiger zu (67 Prozent) als in Darmstadt (64 Prozent) und Kassel (59 Prozent).

3.

POLITIK IN HESSEN

3.1. Wahrnehmung von Politik

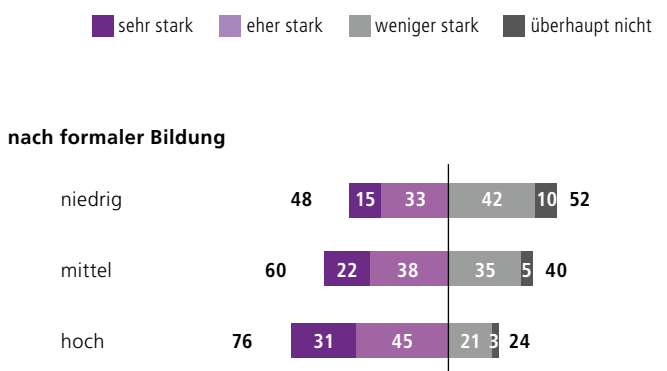
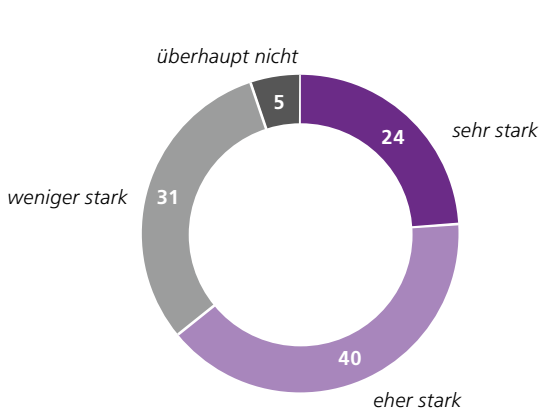
Die Menschen in Hessen geben mehrheitlich an, sich für Politik zu interessieren (64 Prozent) – insbesondere jene mit hoher formaler Bildung (76 vs. 48 Prozent für formal niedrig Gebildete). Männer zeigen dabei – zumindest nach eigener Aussage – ein höheres politisches Interesse (72 Prozent) als Frauen (57 Prozent), ebenso wie Menschen mit einem hohen Einkommen ein stärkeres (73 Prozent) Interesse bekunden als Menschen mit einem niedrigen Einkommen (56 Prozent). Diese Ergebnisse decken sich mit denen zahlreicher anderer Studien. Aus einer langen Forschungstradition wissen wir, dass Befragte bei dieser Frage dazu neigen, ihr politisches

Interesse stärker darzustellen, als es tatsächlich ist. Die Werte dieser Untersuchung bewegen sich aber im Rahmen vergleichbarer Studien.

Dabei kommen die allermeisten Hess_innen in ihrem alltäglichen Medienkonsum mit der Landespolitik in Berührung (84 Prozent). Auch mit Familie und Freunden unterhalten sich viele Menschen häufig bzw. gelegentlich über politische Themen (70 Prozent). Etwas weniger als die Hälfte der Befragten kommt auf Social-Media-Plattformen mit Politik in Berührung (45 Prozent) – erwartungsgemäß betrifft dies stärker die jüngeren Befragten (18–34-Jährige: 60 Prozent). Am Arbeitsplatz bzw. in der Schule oder Universität haben

Abbildung 4
Interesse an Politik

Frage: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?



Quelle: KANTAR PUBLIC

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

ebenfalls 37 Prozent der Menschen in Hessen Kontakt zu politischen Themen. In der Freizeit geht knapp ein Drittel der Befragten Hobbys und Beschäftigungen nach, bei denen sie mit Politik in Berührung kommen (31 Prozent). Genauso viele besuchen öffentliche Veranstaltungen mit politischem Inhalt, zu denen auch politische Bildungsangebote zählen (31 Prozent).

Diese Einordnung zeigt sich auch in der Online-Community, in der die Teilnehmenden Fotos ihrer politischen Alltagsbegegnungen machen sollten. Vielfach wurden Nachrichteninhalte aus verschiedenen Medien fotografiert (z. B. im Fernsehen, auf dem Handy, in der Zeitung). Es wurden aber auch Bilder aus dem Alltagserleben hochgeladen, beispielsweise von lokalem Protest oder vom Straßenverkehr und damit verbundenen verkehrsinfrastrukturellen Herausforderungen.

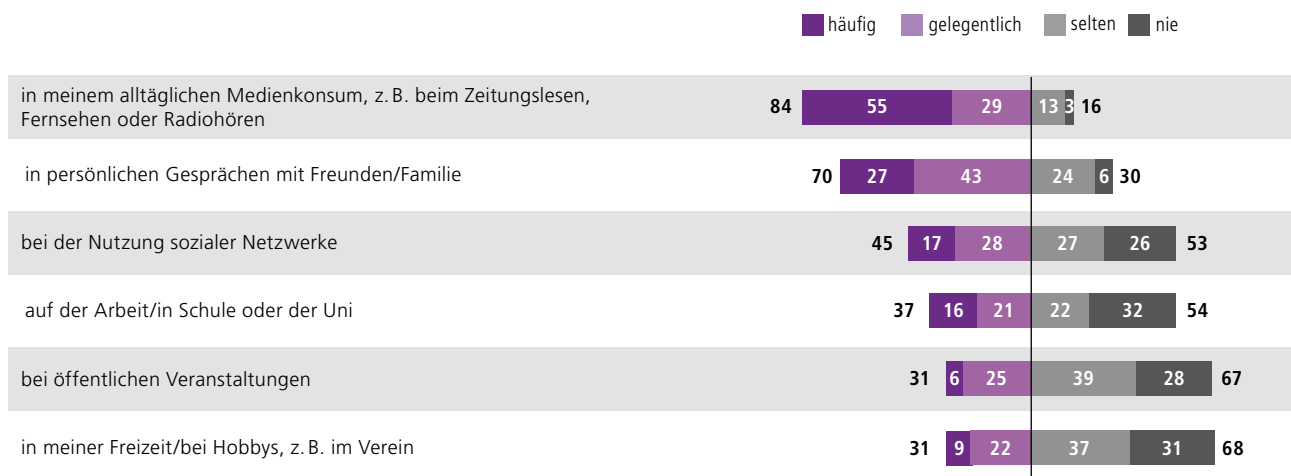
Trotz dieser zahlreichen Berührungspunkte zur Landespolitik geben zwei Drittel der Befragten an, im Alltag mehr von der

Politik im Bund als von jener in Hessen mitzubekommen (65 Prozent). Nur knapp ein Zehntel nimmt die Landespolitik stärker wahr (neun Prozent), ein knappes Viertel schenkt beiden Ebenen die gleiche Aufmerksamkeit (23 Prozent). Während hier alle Altersgruppen von 18–64 Jahren ähnliche Werte aufweisen, zeigt die älteste Gruppe ab 65 Jahren ein besonders ausgewogenes Augenmerk für beide politische Ebenen (32 Prozent). Mit höherer formaler Bildung steigt die bekundete Aufmerksamkeit für die Bundespolitik (75 vs. 52 Prozent formal niedrige Bildung) – dafür nehmen formal niedrig Gebildete beide Ebenen stärker in den Blick (33 vs. 17 Prozent formal hoch Gebildete).

Die Beiträge der Online-Community offenbaren, dass für viele Menschen die Entscheidungen im Bund mehr Gewicht haben als jene im Bundesland. Hier allerdings scheint der wahrgenommene Umfang der medialen Berichterstattung eine große Rolle zu spielen.

Abbildung 5
Berührungspunkte mit Politik im Alltag

Frage: **Wo kommen Sie im Alltag normalerweise mit der hessischen Landespolitik in Berührung?**



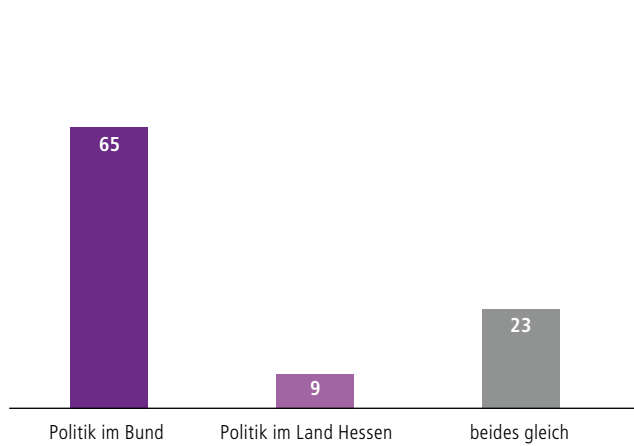
Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

Quelle: KANTAR PUBLIC

Abbildung 6

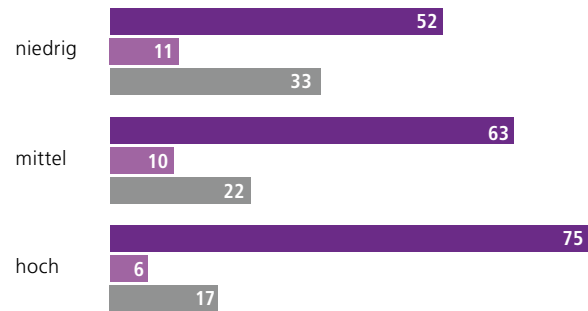
Wahrnehmung von Bundes- und Landespolitik

Frage: Und wenn Sie einmal an Nachrichten und Politik denken: Würden Sie sagen, Sie bekommen im Alltag mehr mit von der Politik im Bund oder von der Politik in Hessen?



■ Politik im Bund ■ Politik im Land ■ beides gleich

nach formaler Bildung



Angaben in Prozent

Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

Quelle: KANTAR PUBLIC

Mir geht das genauso. Die Bundespolitik ist tatsächlich präsenter. Ich schaue jeden Tag mehrmals Nachrichten, aber sehr selten die „Hessenschau“. Regionale Belange bekomme ich meist zufällig mit und recherchiere dann.

Weiblich, 64 Jahre

Mehr Informationsarbeit, was will die Politik und warum. Was wären die Alternativen? Allzu oft geht es leider nur um den schnellen Erfolg, und unbequeme Entscheidungen werden auf nach der Wahl verschoben.

Männlich, 51 Jahre

Die Politik im Bund beeinflusst unser Leben stärker, wahrscheinlich deshalb. Ich wüsste jetzt nichts, was Politiker im Land umsetzen. Ich bin auch nicht sicher, ob unser Föderalismus das richtige System ist oder einfach nur unnötig teuer ist.

Weiblich, 38 Jahre

Durchaus werden die Probleme in der Politik thematisiert, jedoch leider nur sehr oberflächlich und theoretisch. In der Praxis ist keine spürbare Veränderung wahrzunehmen, bis auf das temporär begrenzte 9-Euro-Ticket. Die Wohn- und Immobilienpreise steigen weiter ins Unermessliche. Als junger Mensch ohne reiche Eltern oder Erbe kann man sich in einer Großstadt wie Frankfurt gerade so eine kleine Wohnung leisten.

Weiblich, 25 Jahre

Dabei empfinden viele eine große Distanz zur Politik, sei es, weil sie sich nicht abgeholt fühlen oder weil Dinge gefühlt zu lange dauern. Nur wenige zeigen einen differenzierteren Blick.

Ich finde es allgemein als schwieriges Thema und finde dass einige Anliegen nicht gesehen werden, allerdings möchte ich nicht die Entscheidungen treffen wollen, die immer irgendwen unzufrieden stellen.

Weiblich, 34 Jahre

3.2. Fortschritt und Zukunft

Die Teilnehmenden der Online-Community sollten verschiedene persönliche Zukunftsaspekte nach ihrer Relevanz und der Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung einordnen. Grundsätzlich zeigen sie sich hierbei sehr zuversichtlich, insbesondere bei Zukunftsfaktoren, auf die sie selbst direkten Einfluss haben wie etwa soziale Kontakte, ihre Freizeitgestaltung und freiwilliges Engagement. Etwas vorsichtiger äußern sie sich insbesondere, wenn es um die Gesundheitsversorgung vor Ort und gute Pflege, aber auch Formen der praktischen Unterstützung im Leben geht. Eine ausreichende Rente ist der einzige Aspekt, der einen negativen Wahrscheinlichkeitswert zugewiesen bekommt – hier sind die Befragten also wenig zuversichtlich. Als Begründung dafür wird vielfach angeführt, dass die Renten aktuell schon kaum für ein gutes Leben ausreichen und sich dies in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zum Positiven verändern wird.

Im Vergleich dazu zeigt die Betrachtung potenzieller Zukunftsfaktoren auf Landesebene ein klares Bild: Als wichtigste Aspekte der Zukunft in Hessen werden Digitalisierung, Klimaschutz und Energiewende sowie umweltfreundliche Mobilität genannt. Aber auch andere Themen wie Verringerung der Inflation, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kriminalitätsbekämpfung sind den Teilnehmenden der Online-

Community wichtig. Gleichzeitig sind sie überwiegend skeptisch, dass die Landespolitik diese Themen angemessen priorisiert und Hessen fit für die Zukunft macht. Nur vereinzelt gibt es diesbezüglich auch optimistische Stimmen.

Weil zu viele unbequeme Wahrheiten und Maßnahmen nicht angegangen werden. Die Politik lebt leider von kurzfristigen Aktionen, die noch in einer Wahllegislatur verwirklicht werden können und „dem Wähler“ gefallen. Leider ist „der Wähler“ überaltert und zu konservativ. Et is ja noch immer alles gutjegange ... [sic]. Das wird aber nicht so bleiben.

Männlich, 51 Jahre

Ich denke, dass viele Fortschritte gemacht werden, gerade im Thema Fahrradwege und erneuerbare Energien.

Weiblich, 22 Jahre

Daraus resultieren einige zentrale Botschaften und Wünsche der Teilnehmenden an die Landespolitik, die in der folgenden Abbildung zusammengetragen sind.

Abbildung 7
Botschaften an die Landespolitik



Quelle: KANTAR PUBLIC

4.

SPEZIFISCHE POLITIKFELDER

In diesem Abschnitt gehen wir auf insgesamt sechs Schwerpunktthemen ein. In Abstimmung mit der FES wurden zunächst Wirtschaftliche Transformation (Kapitel 4.1.), Gesundheit (Kapitel 4.2.), Mobilität und Verkehr (Kapitel 4.3.), Mieten und Wohnen (4.4.) sowie Bildung (Kapitel 4.5.) als Schwerpunktthemen definiert, denen eine besondere landespolitische Bedeutung zukommt. Darüber hinaus wurde in der Online-Community das Thema Umwelt und Klima (Kapitel 4.6.) als zusätzlicher Schwerpunkt betrachtet.

4.1. Wirtschaftliche Transformation

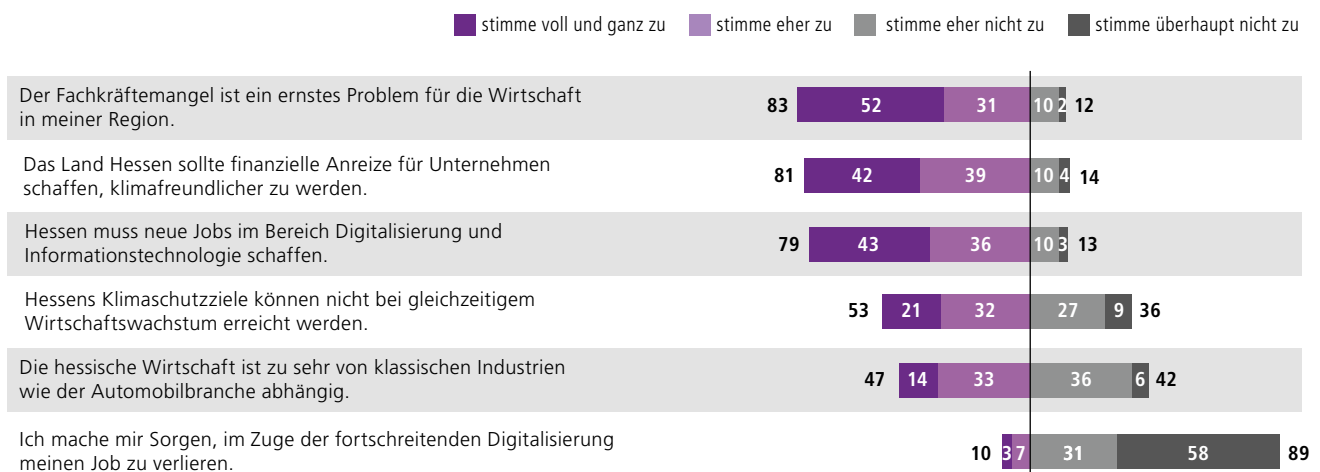
Im Bereich der Wirtschaft wurde der Fokus im Rahmen der Befragung auf die Themen Fachkräftemangel sowie ökologische und digitale Transformation gelegt.

Die größte Zustimmung fand hierbei die Aussage „Der Fachkräftemangel ist ein ernsthaftes Problem für die Wirtschaft in meiner Region“. Insgesamt 83 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage voll und ganz oder eher zu. Ähnlich viele

Abbildung 8

Wirtschaftliche Transformation

Frage: Im Folgenden geht es um die Wirtschaft in Hessen. Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Wirtschaft in Hessen zu?



Angaben in Prozent
 Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
 Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

sehen trotz des Fachkräftemangels gleichzeitig den Bedarf Hessens, im Bereich Digitalisierung und Informationstechnologie neue Jobs zu schaffen (79 Prozent). Und trotz dieses deutlich geäußerten Wunsches machen sich wiederum nur zehn Prozent der Menschen Sorgen, den eigenen Job im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung zu verlieren.

Im Zusammenspiel von Wirtschaft und Klima sind vier Fünftel der Meinung, „das Land Hessen sollte finanzielle Anreize für Unternehmen schaffen, klimafreundlicher zu werden“ (81 Prozent). Knapp die Hälfte findet auch, die hessische Wirtschaft hänge zu sehr von klassischen Industrien wie der Automobilbranche ab (47 Prozent). Auf der anderen Seite ist gut die Hälfte skeptisch und glaubt, dass Hessens Klimaschutzziele nicht bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum erreicht werden können (53 Prozent).

Die Detailanalyse zeigt hinsichtlich der Anerkennung des Fachkräftemangels, dass es keine bedeutsamen Unterschiede in den soziodemografischen Teilgruppen gibt. Einzig Menschen mit einem geringeren Haushaltseinkommen stimmen unterdurchschnittlich häufig zu (76 Prozent).

In Bezug auf die Notwendigkeit, neue IT-Arbeitsplätze zu schaffen, stimmen Männer (83 Prozent) leicht häufiger zu als Frauen (76 Prozent). Auffällig ist, dass es keine Altersunterschiede gibt – auch ältere Hess_innen sehen den Bedarf an solchen Jobs in gleichem Maße wie jüngere Menschen. Dafür zeigen sich leichte Differenzen entlang formaler Bildung (formal niedrige Bildung: 77 Prozent vs. formal hohe Bildung: 84 Prozent) und Haushaltseinkommen (niedrigste Einkommensgruppe: 74 Prozent vs. höchste Einkommensgruppe: 83 Prozent). Auffallend sind zudem unterdurchschnittliche Zustimmungswerte von Menschen, die sich wenig bis gar nicht für Politik interessieren (72 vs. 84 Prozent für politisch Interessierte).

Die bereits dargestellte insgesamt geringe Sorge vor einem Jobverlust durch die Digitalisierung teilen nicht alle Subgruppen. In der Gruppe mit geringem Haushaltseinkommen bis 1.500 Euro machen sich fast fünfmal so viele Menschen Sorgen (29 Prozent) wie unter Gutverdienenden über 3.500 Euro (sechs Prozent). Auch Menschen mit Migrationshintergrund blicken doppelt so häufig sorgenvoll (18 Prozent) auf die weitere Digitalisierung im Vergleich mit Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte (neun Prozent).

Die Community-Teilnehmenden sind sich einig darin, dass die Digitalisierung weiter voranschreiten muss. Sie sehen die Unternehmen in Hessen dafür jedoch sehr unterschiedlich gut aufgestellt und verweisen zudem konsensuell darauf, dass öffentliche Einrichtungen noch weitaus stärkere Digitalisierungsdefizite haben als die meisten Unternehmen im Land.

Digitalisierung ist ein Muss und für mich auch nicht mehr wegzudenken, sowohl an Schulen und Bildungseinrichtungen als auch im Berufsleben. Einige Unternehmen waren bereits vor Corona gut aufgestellt und haben von der Digitalisierung profitiert. Andere Unternehmen hingegen sind erst durch Corona mit dieser Thematik in Berührung gekommen und haben daher noch viel Nachholbedarf. An Schulen muss Digitalisierung weiter wachsen, und auch die Arbeitgeber sollten nach Corona nicht wieder in alte Muster verfallen, sondern Homeoffice und Digitalisierung fördern.

Weiblich, 25 Jahre

Ich finde, bei Corona hat die Politik gezeigt, wie wenig sie selber ausgerüstet und gewappnet waren bei der Digitalisierung. An den Schulen hat man es gesehen. Aber auch bei den Behörden, diese waren geschlossen. Ich als Bürger hatte ein Anliegen wegen meiner Kinder und Kindergeld, konnte die Behörde nicht besuchen. [...] Man konnte online die Anträge ausfüllen, jedoch musste man diese dann ausdrucken und unterschreiben. Per Post und lange, lange Wartezeit für Bearbeitung. Wenn ich bei MediaMarkt eine Ratenzahlung mache, unterschreibe ich auf einem digitalen Screen und die Sache ist erledigt. Digitalisierung muss weiter ausgebaut werden!!!

Männlich, 41 Jahre

Gleichzeitig stimmt die persönliche Sicht der Community-Teilnehmenden mit den Befunden der quantitativen Befragung überein: Auch in der Online-Community wird kaum von Sorgen mit Blick auf die persönliche Entwicklung und die eigenen Jobchancen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung berichtet.

Für mich ist Digitalisierung essenziell und notwendig. Dadurch bin ich flexibler und habe mehr Möglichkeiten. Ich erledige fast alles mit dem Handy oder Laptop. [...] Mein Arbeitgeber hat mich mit allen erforderlichen Geräten und Zubehör ausgestattet, sodass ich im Homeoffice problemlos arbeiten kann. Demnach bin ich definitiv bereit für eine digitale Zukunft und bin auf weitere Entwicklungen und Fortschritte gespannt.

Weiblich, 25 Jahre

Hinsichtlich der ökologischen Transformation der Wirtschaft zeigt die Detailanalyse folgendes Bild: Den finanziellen Anreizen zur Ökologisierung der Wirtschaft stimmen tendenziell mehr Frauen (84 Prozent) als Männer (78 Prozent) zu. Auch formal hoch gebildete (83 vs. 78 Prozent formal niedrig gebildet) und einkommensstarke Personen (84 Prozent in der einkommensstärksten vs. 73 Prozent in der einkommensschwächsten Gruppe) sehen eher den Bedarf, finanzielle Anreize für den klimafreundlichen Umbau von Unternehmen zu schaffen.

In der Online-Community wird grundsätzlich ebenfalls der Bedarf der hessischen Wirtschaft erkannt, mehr zum Umwelt- und Klimaschutz beizutragen und ökologischer zu werden. Dem stehen nach Ansicht mancher Teilnehmenden jedoch finanzielle Interessen im Weg.

.....

Viele Firmen versuchen bereits in diesem Bereich etwas aktiver zu sein. Jedoch steht besonders in Hessens Großstädten der Profit noch an erster Stelle. Hier muss es teilweise ein Umdenken geben. Denn Profit und Gewinn ist für den Moment. Umwelt und ökologische Aspekte sind langfristig betrachtet – mit Blick auf die Zukunft – jedoch wichtiger und entscheidender.

Weiblich, 25 Jahre

.....

Auch bei der Frage, ob die hessische Wirtschaft zu sehr von klassischen Industrien wie der Automobilbranche abhängig ist, zeigen sich Frauen eher progressiv (50 Prozent) als Männer (44 Prozent). Jede_r Neunte traut sich hier kein Urteil zu (elf Prozent). Das Haushaltseinkommen differenziert deutlicher: So sind unter denjenigen, deren Haushaltsnettoeinkommen maximal 1.500 Euro beträgt, knapp sechs von zehn (57 Prozent) der Meinung, die hessische Wirtschaft sei zu sehr von klassischen Industrien abhängig, wohingegen dies in der einkommensstärksten Gruppe nur auf gut vier von zehn (42 Prozent) zutrifft. Darüber hinaus beklagen Personen, die sich Sorgen machen, den eigenen Job im Zuge der Digitalisierung zu verlieren, etwas häufiger (53 Prozent) eine Abhängigkeit von klassischen Industrien in Hessen im Unterschied zu Personen (45 Prozent), die keine Angst vor einem Jobverlust haben. Die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken folgen den Industriestandorten: Während in Kassel (55 Prozent) und Gießen (50 Prozent) überdurchschnittlich viele Menschen eine zu hohe Abhängigkeit sehen, stimmt in Darmstadt nur eine Minderheit zu (43 Prozent).

Wie bereits gesehen, spaltet die Frage, ob Hessen seine Klimaschutzziele bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum erreichen kann, das Land (53 Prozent negieren dies). Im Umkehrschluss meinen nur 36 Prozent, dass Wirtschaftswachstum und Klima-

schutz zugleich realisierbar sind. Auch hier traut sich jede_r Neunte kein Urteil zu (elf Prozent). Ältere Menschen meinen häufiger, dass dies nicht zusammen funktioniert (65+ Jahre: 58 Prozent) als Jüngere (18–34 Jahre: 49 Prozent). Auch Menschen mit niedriger formaler Bildung sind skeptischer (56 Prozent) als formal hoch Gebildete (46 Prozent). Darüber hinaus zeigt sich eine Korrelation mit der Gemeindegröße: Menschen in Großstädten über 100.000 Einwohner_innen sind spürbar weniger skeptisch (45 Prozent) als Menschen in mittelgroßen Städten ab 20.000 Einwohner_innen (51 Prozent) oder Menschen auf dem Land (56 Prozent).

In der Online-Community wird im Themenkomplex Wirtschaft und Arbeit zudem auf die Notwendigkeit einer angemessenen Bezahlung und guter Arbeitsbedingungen hingewiesen. Häufig wird konzidiert: Hessen bietet zwar vielfältige Arbeitsmöglichkeiten und Chancen, die Löhne sind jedoch zu ungleich verteilt. Erhöhung der Löhne, kürzere Arbeitszeiten und familienfreundlichere Arbeitsalltage stehen entsprechend an erster Stelle bei den gewünschten politischen Maßnahmen.

.....

Manche stellen sich in die Schlange, um [das] neueste iPhone zu bekommen, und manche stellen sich in die Schlange, um etwas Nahrung zu bekommen.

Männlich, 41 Jahre

.....

4.2. Gesundheit

Im Themenkomplex Gesundheit wurden die Befragten gebeten zu bewerten, wie gut die Erreichbarkeit der Krankenhäuser, Qualität der Krankenhausbehandlung, Möglichkeiten der ambulanten Pflege und Kurzzeitpflege, Digitalisierung des Gesundheitswesens, Versorgung mit Haus- und Fachärzt_innen auf dem Land, Verfügbarkeit von Geburtsstationen und Hebammen sowie Anzahl bezahlbarer Pflegeplätze aktuell in Hessen ist.

Insgesamt wird hier ein durchwachsenes Zeugnis ausgestellt: Während die Erreichbarkeit der Krankenhäuser (71 Prozent) und die Behandlung in diesen (58 Prozent) mehrheitlich eher gut bis sehr gut bewertet wird, fallen viele weitere Bereiche mehrheitlich durch. Insbesondere im Bereich Pflege sehen nur 13 Prozent ausreichend bezahlbare Pflegeplätze vorhanden. Auch die Möglichkeiten der ambulanten Pflege und Kurzzeitpflege werden nur von knapp zwei Fünfteln positiv bewertet (38 Prozent). In beiden Fällen gibt es jedoch rund ein Fünftel, welches die Situation bei der Bezahlbarkeit (22 Prozent) und der ambulanten Pflege bzw. Kurzzeitpflege (19 Prozent) nicht einschätzen kann. Auch die Versorgung mit Haus- und Fachärzt_innen auf dem Land (26 Prozent) und die Verfügbarkeit von Geburtsstationen und Hebammen (22 Prozent) findet

wenig positive Bewertung, gleichzeitig traut sich mehr als ein Drittel (35 Prozent) hier kein Urteil zu. Auch nach über zwei Jahren Coronapandemie findet nur ein Viertel (26 Prozent) der Menschen in Hessen den Digitalisierungsstand im Gesundheitswesen gut bzw. sehr gut.

Durch alle abgefragten Bereiche zieht sich eine positivere Bewertung der Menschen ab 65 Jahren, wohingegen insbesondere die 18–34-Jährigen und die 35–49-Jährigen sich besonders häufig kritisch äußern. Formal hoch Gebildete äußern sich tendenziell häufiger kritisch als formal niedrig Gebildete.

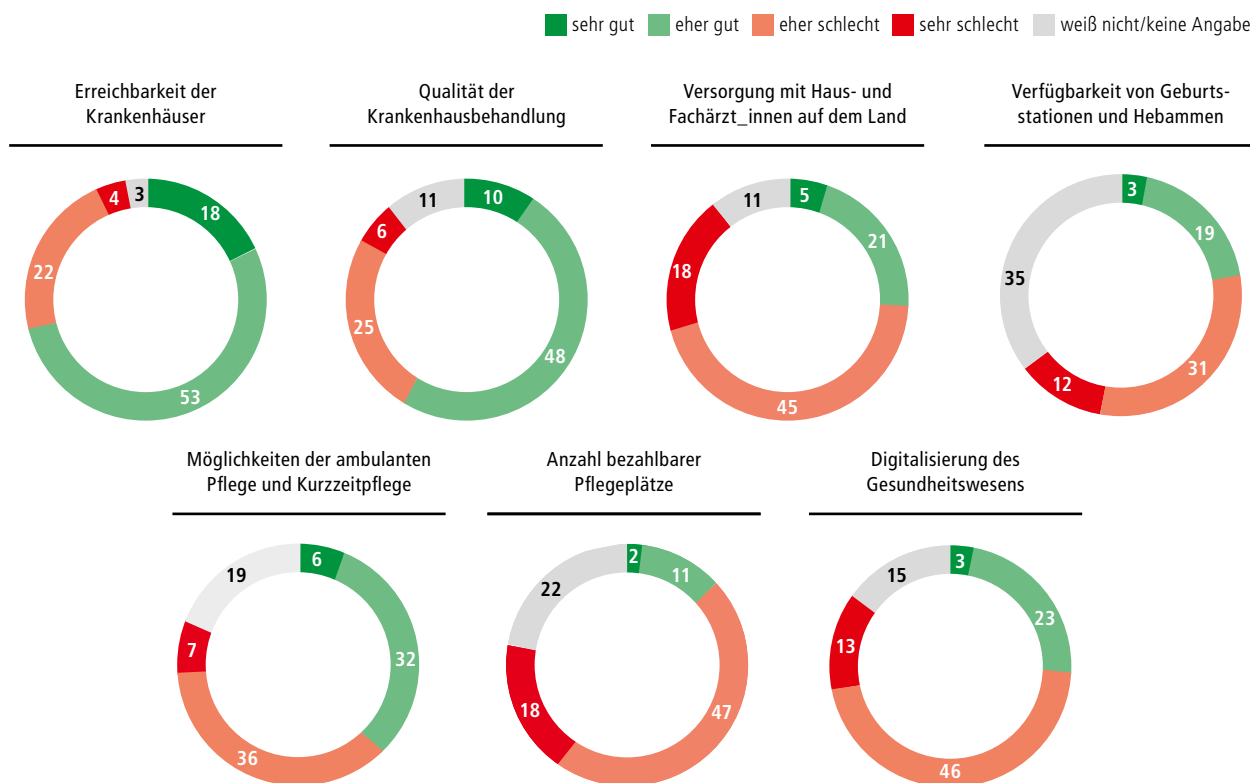
Insbesondere ältere Befragte ab 65 Jahren bewerten sowohl die Erreichbarkeit der Krankenhäuser (82 Prozent) als auch die Qualität der Krankenhausbehandlung (71 Prozent) überdurchschnittlich gut. Dies steht im direkten Kontrast zur Gruppe der Jüngsten (18–34 Jahre), die deutlich kritischer sind (65 Prozent Erreichbarkeit der Krankenhäuser, 48 Prozent Qualität der Krankenhausbehandlung). Eine auffällige Diskrepanz gibt es bei der Bewertung der Qualität der Krankenhausbehandlung durch unterschiedliche Einkommensgruppen. Während

nur 45 Prozent der geringsten Einkommensgruppe die Behandlung (sehr) gut bewerten, sind es in der höchsten Einkommensgruppe gut drei Fünftel (63 Prozent). Eine mögliche Erklärung hierfür wäre, dass es in der höchsten Einkommensgruppe mehr Menschen mit privater Krankenversicherung gibt. Hinsichtlich der Erreichbarkeit von Krankenhäusern gibt es erwartbare Stadt-Land-Unterschiede: Auf dem Land wird die Erreichbarkeit schlechter bewertet (65 Prozent) als in mittelgroßen Städten (76 Prozent) und Großstädten (79 Prozent).

Die Detailanalyse im Bereich Pflege zeigt für die Bezahlbarkeit von Pflegeplätzen eine bessere Bewertung der ältesten Gruppe ab 65 Jahren (19 Prozent). Darüber hinaus gibt es kaum signifikante Unterschiede. Einen ähnlichen Effekt sehen wir bei den Möglichkeiten der ambulanten Pflege und Kurzzeitpflege. Während die älteste Gruppe hier mehrheitlich ein positives Zeugnis ausstellt (53 Prozent), sind alle jüngeren Altersgruppen kritischer, insbesondere die 35–49-Jährigen (24 Prozent). Allerdings ist in der jüngeren Gruppe der Anteil derjenigen, die sich kein Urteil diesbezüglich zutrauen, ebenfalls fast doppelt so hoch im Vergleich mit dem Anteil der

Abbildung 9
Bewertung verschiedener Gesundheits- und Pflegebereiche

Frage: Kommen wir nun zum Thema Gesundheit und Pflege: Wie bewerten Sie die Situation in den folgenden Bereichen in Hessen?



Älteren (28 vs. 15 Prozent). Darüber hinaus werden die Pflegemöglichkeiten im Regierungsbezirk Kassel besser bewertet (47 Prozent) als in Gießen (39 Prozent) oder Darmstadt (35 Prozent).

In der Online-Community wird an dieser Stelle explizit der Wunsch geäußert, Betroffenen stärker unter die Arme zu greifen und diese auch finanziell bei der Pflege zu entlasten.

Wenn möglich, sollten Familien/Personen mit pflegebedürftigen Angehörigen noch besser unterstützt werden. Egal ob man selber pflegt oder ein Pflegedienst benötigt wird, es ist eine teure Angelegenheit.

Weiblich, 35 Jahre

Die Versorgung mit Haus- und Fachärzt_innen auf dem Land wird nur von einem knappen Drittel der Menschen, die tatsächlich auf dem Land leben, als positiv bewertet (31 Prozent). Gleichzeitig ist diese Bewertung mehr als doppelt so gut verglichen mit Menschen in Großstädten (15 Prozent). Die Hess_innen in Großstädten sind also der Meinung, dass die ärztliche Versorgung auf dem Land deutlich prekärer ist, als sie von den Bewohner_innen ländlicher Räume selbst wahrgenommen wird. Gleichzeitig trauen sich in Großstädten fast drei von zehn Befragten kein Urteil zu (27 Prozent „weiß nicht“), wohingegen auf dem Land fast alle eine Bewertung abgeben (lediglich drei Prozent „weiß nicht“). Im Vergleich der Regierungsbezirke zeigen sich die Bewohner_innen in Gießen am optimistischsten (33 Prozent) im Vergleich zu Kassel (27 Prozent) und Darmstadt (24 Prozent). Dies könnte teilweise auch am Urbanisierungsgrad der Regierungsbezirke und den zuvor gesehenen Korrelationen liegen.

Die Beurteilung der Verfügbarkeit von Geburtsstationen und Hebammen zeigt nur geringe Differenzen in den Subgruppen. Der Anteil von Personen, die sich kein Urteil zutrauen, variiert dagegen stark. Insbesondere Männer scheinen häufig überfragt (43 Prozent) im Vergleich zu Frauen (27 Prozent). Menschen mit Kindern im Haushalt geben erwartungsgemäß seltener „weiß nicht“ an (15 Prozent) als Befragte ohne Kinder im Haushalt (40 Prozent). Der Urbanisierungsgrad zeigt ein wenig deutliches Bild, dafür aber die Regierungsbezirke: Die Bewertung der Verfügbarkeit von Geburtsstationen und Hebammen in Kassel (27 Prozent (sehr) gut, 28 Prozent „weiß nicht“) fällt besser aus als in Darmstadt (22 Prozent, 38 Prozent „weiß nicht“) und Gießen (18 Prozent, 32 Prozent „weiß nicht“).

Wie in den bisher beschriebenen gesundheitsbezogenen Feldern korrelieren bei der Bewertung der Digitalisierung des Gesundheitswesens in Hessen vorrangig Alter in positiver (35–49 Jahre: 21 Prozent, 65+ Jahre: 30 Prozent) und formale

Bildung in negativer Richtung (formal niedrig Gebildete: 33 Prozent, formal hoch Gebildete: 19 Prozent).

Auch in der Online-Community gibt es zu dieser Frage keine einheitliche Antwort. Einige Befragte erhoffen sich durch die Digitalisierung eine Ergänzung der derzeitigen Angebote im Gesundheitswesen, um zum Beispiel weniger Zeit in Wartezimmern mit anderen erkrankten Personen zu verbringen und einen besseren Zugang zu den eigenen Gesundheitsdaten zu haben. Andererseits gibt es vielfach auch das Bedürfnis, weiterhin persönlichen Kontakt mit dem Gesundheitspersonal zu haben, was den Wunsch nach einer weiteren Digitalisierung limitiert.

Definitiv mehr Digitalisierung. So hat man auch als Patient seine Daten vorliegen, und wenn z. B. aufgrund von Urlauben der eigene Arzt nicht ansprechbar ist, liegen auch dem Vertretungsarzt die wichtigsten Daten vor. Videoanruf ist abhängig von dem Grund des Arztbesuches. Einige Sachen können nur persönlich geklärt werden [...]. Auch hier macht es wieder die richtige Mischung.

Weiblich, 35 Jahre

4.3. Mobilität und Verkehr

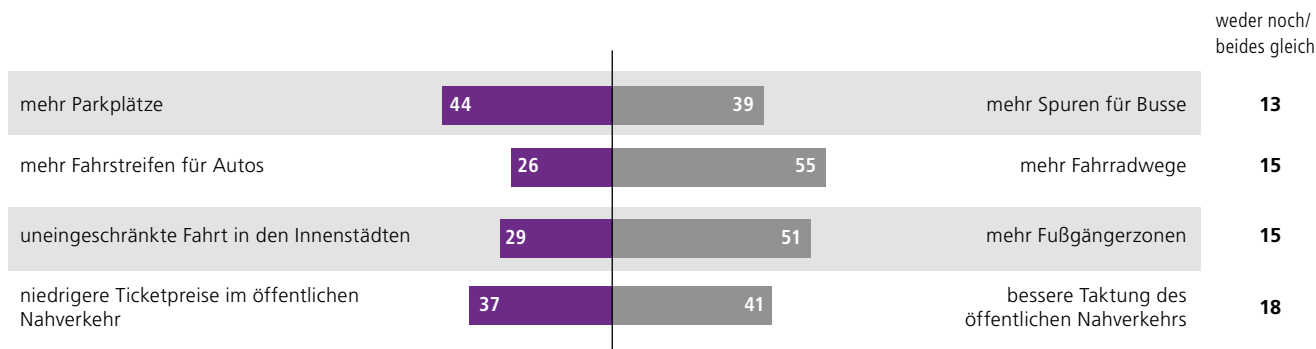
Der Ausbau der Infrastruktur für ein Verkehrsmittel ist oft nur auf Kosten eines anderen Verkehrsmittels realisierbar. Entsprechend sollten sich die Befragten im Bereich Mobilität und Verkehr zwischen zwei alternativen Maßnahmen entscheiden. Direkt vor die Wahl gestellt, zeigen sich die Hess_innen eher offen gegenüber umweltfreundlicheren Verkehrsvorhaben. So präferiert mehr als die Hälfte zusätzliche Fahrradwege (55 Prozent) gegenüber weiteren Fahrstreifen für Autos (26 Prozent). Außerdem sind der Hälfte der Menschen in Hessen weitere Fußgängerzonen wichtiger (51 Prozent) als eine uneingeschränkte Fahrt in den Innenstädten (29 Prozent). Auf der anderen Seite wünscht sich eine relative Mehrheit aber auch eher weitere Parkplätze (44 Prozent) als eine Ausweitung der Spuren für Busse (39 Prozent). Relativ uneins ist sich die hessische Bevölkerung zudem in der Frage, ob der öffentliche Nahverkehr günstigere Ticketpreise aufrufen (37 Prozent) oder lieber seine Taktung erhöhen sollte (41 Prozent).

Die Detailbetrachtung zeigt, dass sich die beiden jüngeren Altersgruppen in überdurchschnittlichem Maße eher für mehr Parkplätze (54 Prozent bei 16–34-Jährigen; 46 Prozent bei 35–49-Jährigen) anstatt für mehr Busspuren (31 vs. 37 Prozent) aussprechen. Im Vergleich dazu wünscht sich die älteste Gruppe ab 65 Jahren eher mehr Busspuren (44 Prozent) als mehr Parkplätze (36 Prozent).

Abbildung 10

Priorisierung Mobilität und Verkehr

Frage: Der Ausbau von Infrastruktur für ein Verkehrsmittel ist oft nur auf Kosten eines anderen Verkehrsmittels oder Vorhabens realisierbar. Direkt vor die Wahl gestellt, welches der folgenden Vorhaben sollte in Hessen eher gefördert werden?



Quelle: KANTAR PUBLIC

Angaben in Prozent
 Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
 Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

Differenzen zeigen sich zudem entlang der Urbanisierung und zwischen den Regierungsbezirken. Während das Stimmungsbild in kleinen Gemeinden (47 Prozent Parkplätze, 33 Prozent Busspuren) und mittleren Städten (43 vs. 39 Prozent) eher für Parkplätze ist, kehrt sich dies in Großstädten um (35 vs. 53 Prozent). Im Regierungsbezirk Darmstadt besteht mit jeweils 42 Prozent Gleichstand zwischen den beiden Vorhaben, während sich die Menschen in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel eher für Parkplätze (Gießen 48 Prozent, Kassel 45 Prozent) als für Busspuren (Gießen 33 Prozent, Kassel 34 Prozent) aussprechen.

Bei der Frage „mehr Fahrstreifen für Autos vs. mehr Fahrradwege“ sowie dem Gegensatz „uneingeschränkte Fahrt in den Innenstädten vs. mehr Fußgängerzonen“ zeigen sich keine Einstellungsunterschiede zwischen urbanem und ländlichem Raum. Auch nach Regierungsbezirken gibt es keine wesentlichen Differenzen.

Mit Blick auf „günstigere Ticketpreise vs. bessere Taktung des ÖPNV“ gibt es klare Stadt-Land-Unterschiede: Während in kleinen Gemeinden in ländlicheren Regionen die bessere Taktung im Vordergrund steht (47 vs. 30 Prozent günstigere Preise), ist der Bedarf in urbanen Zentren umgedreht (32 Prozent bessere Taktung vs. 50 Prozent günstigere Preise). Wenig überraschend sind daher die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken, in denen sich die Menschen in Gießen (47 vs. 31 Prozent) und Kassel (41 vs. 36 Prozent) für die bessere Taktung aussprechen, wohingegen das Stimmungsbild im Regierungsbezirk Darmstadt geteilt ist (38 Prozent bessere Taktung vs. 40 Prozent günstigere Preise).

Die Teilnehmenden der Online-Community sind sich weitgehend einig darin, dass sowohl der ÖPNV als auch die Fahrradinfrastruktur ausgebaut werden müssen. Insbesondere die schlechten Anbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Land werden kritisiert. Darüber hinaus sorgen verschiedene Verkehrsverbünde mit unterschiedlichen Tarifstrukturen für Verwirrungen: Hier wünschen sich die Teilnehmenden eine Vereinfachung, idealerweise einen einheitlichen Tarif für ganz Hessen. Mit Blick auf den motorisierten Individualverkehr beklagen die Teilnehmenden ungenügende Parkplätze, eine Vielzahl an Staus und einen allgemein schlechten Zustand der Straßen. Gleichzeitig zeigen sich viele gewillt, verstärkt auf öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad umzusteigen, sofern sich die Rahmenbedingungen der Nutzung verbessern. Die grundsätzliche Notwendigkeit, auch im Mobilitätsbereich einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, wird anerkannt.

.....
Kein Tarif-Wirrwarr mehr bei den Öffis, ein Tarif für alle, dann würden die öffentlichen Verkehrsmittel auch stärker genutzt. Und wenn man möchte, dass die Menschen auf ÖPNV umsteigen, muss dafür gesorgt werden, dass die Menschen auf dem Land bessere Anbindung haben. Also Infrastruktur aufbauen. Es gibt viel zu tun.
 Weiblich, 64 Jahre

.....
An die Radfahrer wird zu wenig gedacht. Es gibt zu wenig Fahrradstraßen und zu wenig Radwege. Hier sollte dringend nachgebessert werden.
 Männlich, 59 Jahre

Preise im öffentlichen Nahverkehr sind einfach nur frech. Man möchte nachhaltiger und umweltschonender sein, muss aber unfassbar viel Geld für eine einfache Fahrt Gießen–Frankfurt zahlen.
Weiblich, 30 Jahre

4.4. Mieten und Wohnen

Beim Thema Mieten und Wohnen wünschen sich die Hess_innen ein stärkeres Eingreifen des Staates in den Mietmarkt. Vier Fünftel stimmen der Aussage zu, dass der Staat über eine Mietpreisbindung eingreifen müsse, damit sich künftig auch Normalverdienende noch eine Wohnung in Ballungsräumen leisten können (78 Prozent). Insbesondere Familien mit Kindern sollten z. B. bei der Eigenheimförderung stärker unterstützt werden als andere Menschen (72 Prozent). Gleichzeitig bewerten viele Menschen in Hessen Grünflächen und Parks als sehr wichtig, rund zwei Drittel erachten ihren Erhalt wichtiger als den Neubau von Wohnungen (67 Prozent). Beim Mieterschutz sind sich die Befragten uneinig, ob dieser zusätzlich gestärkt werden solle: 46 Prozent sind dafür und 43 Prozent lehnen das ab, da private Investitionen sonst erschwert und das Problem mangelnden Wohnraums dadurch verschärft würde.

In der Detailanalyse zeigt sich der stärkste Zusammenhang zwischen dem Haushaltsnettoeinkommen und dem Wunsch nach einer Mietpreisbindung: Personen mit niedrigem Einkommen wünschen sich dies deutlich häufiger (+18 Prozentpunkte) als Personen der höchsten Einkommensgruppe. Wenig überraschend ist, dass sich Mieter_innen stärker für eine Mietpreisbindung und das Eingreifen des Staates aussprechen (86 Prozent) als Menschen im Eigenheim (72 Prozent). Auch Frauen sind eher für eine Mietpreisbindung (84 Prozent) als Männer (71 Prozent), was jedoch gleichsam auch auf finanzielle Gründe zurückzuführen sein könnte.¹

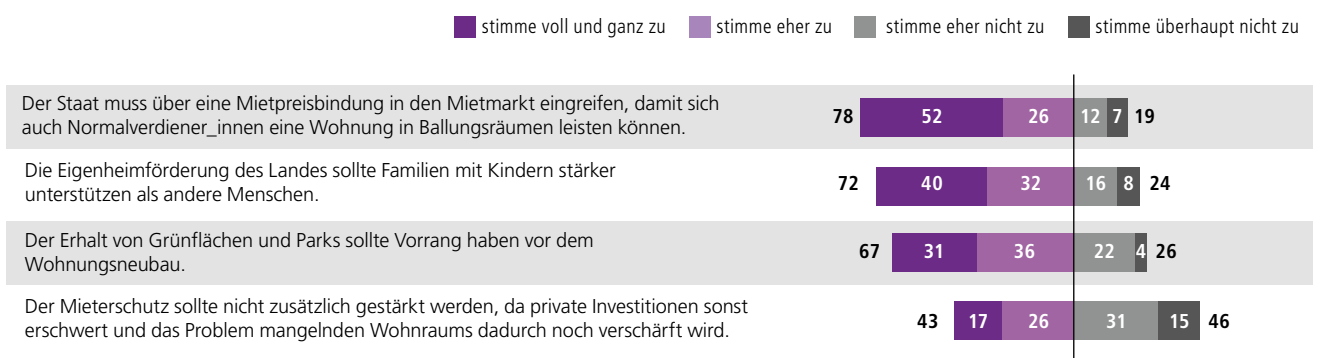
Die Zustimmungsrate zur Privilegierung von Familien mit Kindern bei der Eigenheimförderung fällt insbesondere unter Menschen mit Kindern sehr hoch (85 Prozent) aus, wenngleich auch solche ohne Kinder im Haushalt mehrheitlich (68 Prozent) dafür sind. Die Zustimmung steigt zudem mit dem Alter der Befragten spürbar an (18–34 Jahre: 62 Prozent vs. 65+ Jahre: 81 Prozent).

Beim Vorrang des Erhalts von Grünflächen und Parks vor dem Wohnungsneubau zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen, lediglich Menschen in großen Städten (mehr als 100.000 Einwohner_innen) stimmen etwas häufiger für den Erhalt von Grünflächen und Parks als Menschen in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohner_innen (70 vs. 64 Prozent).

Abbildung 11

Statements zu Mieten und Wohnen

Frage: Kommen wir nun zum Thema Mieten und Wohnen. Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Thema Mieten und Wohnen in Hessen zu?



Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

Quelle: KANTAR PUBLIC

¹ In dieser Befragung ordnen sich Frauen häufiger der geringsten Einkommensgruppe zu als Männer. Darüber hinaus gibt es in Deutschland nach wie vor einen Gender-Pay-Gap. Studien zeigen, dass sich das Thema Entlohnung auch auf die Bewertung anderer Politikfelder auswirkt (siehe z. B. Döbele, Christoph (2022): Perspektive Gerechtigkeit: eine Geschlechterfrage, in: Weiterdenken, Diskussionspapier des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausgabe 05 (2022), Bonn).

Die Stärkung des Mieterschutzes sehen Männer kritischer (47 Prozent) als Frauen (39 Prozent). Da Bildung und Einkommen eng korrelieren, verlaufen etwaige Effekte in der Regel in die gleiche Richtung. An dieser Stelle steigt jedoch die Zustimmung zur Stärkung des Mieterschutzes mit zunehmender formaler Bildung, während sie mit zunehmendem Einkommen sinkt.

Ähnlich positionieren sich auch die Teilnehmenden der Online-Community. Sie fordern ein stärkeres Eingreifen des Staates zur Begrenzung der Mietpreise und den Bau bzw. Rückkauf von Sozialwohnungen. Außerdem zeigen sich einige enttäuscht darüber, dass die Probleme auf dem Wohnungsmarkt schon seit langer Zeit bestehen, die Politik aus ihrer Sicht aber unzureichend handelt.

Die Wohn- und Immobilienpreise steigen weiter ins Unermessliche. Als junger Mensch ohne reiche Eltern oder Erbe kann man sich in einer Großstadt wie Frankfurt gerade so eine kleine Wohnung leisten.
Weiblich, 25 Jahre

Wohnraum sollte zum Leben und nicht für die Renditen der Großaktionäre sein.
Männlich, 27 Jahre

[...] weil seit Jahren über mehr Wohnraum geredet wird und versprochen wird vor jeder Wahl, sich aber nicht viel getan hat. Das sieht man am Mietspiegel. Alles dauert zu lange und wird nicht richtig angepackt.

Männlich, 38 Jahre

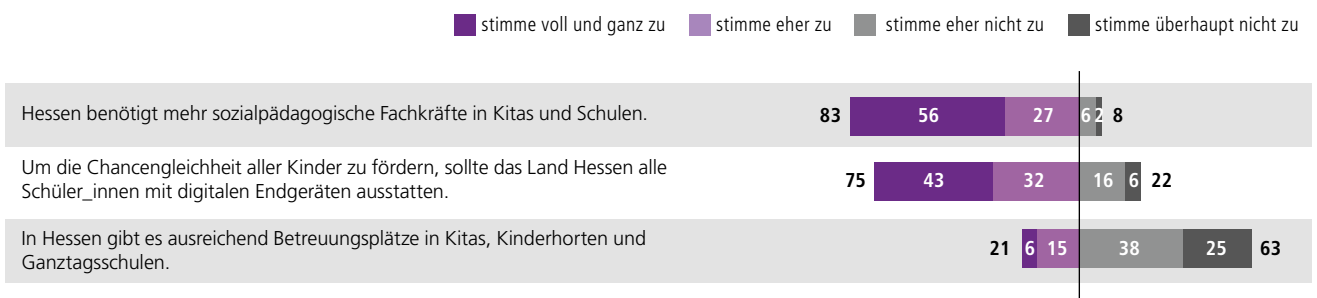
4.5. Bildung

Im Bereich Bildung gibt es ein klares Votum, dass mehr sozialpädagogische Fachkräfte für Kitas und Schulen benötigt werden (83 Prozent Zustimmung) und die Anzahl der Betreuungsplätze in Kitas, Kinderhorten und Ganztagschulen nicht ausreichen (21 Prozent ausreichend, 63 Prozent nicht ausreichend). Insbesondere Frauen (89 vs. 78 Prozent Männer) und Befragte, die mit Kindern im Haushalt leben (90 vs. 82 Prozent ohne Kinder), beklagen den Fachkräftemangel. Zwischen Stadt und Land oder den Regierungsbezirken finden sich diesbezüglich keine Unterschiede. In Bezug auf die Anzahl der Betreuungsplätze äußern sich vor allem Personen, die mit Kindern im Haushalt leben (80 vs. 58 Prozent ohne Kinder), junge Befragte (18–34-Jährige 73 Prozent vs. über 65-Jährige 51 Prozent) und formal hoch Gebildete (69 Prozent vs. formal niedrig Gebildete 53 Prozent) unzufrieden.

Abbildung 12

Statements zur Bildung

Frage: Kommen wir nun zum Thema Bildung. Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Thema Bildung in Hessen zu?



Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: wahlberechtigte Bevölkerung in Hessen ab 18 Jahren

Quelle: KANTAR PUBLIC

Mehr als drei von vier Befragten (75 Prozent) sprechen sich außerdem dafür aus, dass das Land Hessen alle Schüler_innen mit digitalen Endgeräten ausstatten sollte, um die Chancengleichheit aller Kinder zu fördern. Vor allem formal niedrig Gebildete (80 vs. 72 Prozent unter hoch Gebildeten) sprechen sich hierfür aus.

Die Digitalisierung des Bildungssystems, insbesondere der Schulen und des Unterrichts, sind auch den Teilnehmenden der Community wichtig. Hier wird gleichzeitig aber auch das größte Defizit im hessischen Bildungssystem gesehen – insbesondere vor dem Hintergrund der Pandemie. Allgemein zeigt sich jedoch, dass Bildungspolitik nicht das drängendste Thema der Community-Teilnehmenden ist.

Das nicht nur Geld in die Digitalisierung rein gepumpt wird, sondern dass diese auch umgesetzt werden soll. Das müsste irgendwie kontrolliert werden. [...] Es sollte ein Standard sein, WLAN zu haben und online von überall lernen und arbeiten zu können. Dies würde einiges vereinfachen.
Weiblich, 19 Jahre

4.6. Umwelt und Klima

Die Online-Community ist sich der Bedeutung der Themen Umwelt und Klima bewusst und sieht großen Handlungsbedarf zur Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes. Einige der bisherigen politischen Maßnahmen werden von den Befragten zwar begrüßt, erscheinen aber aus ihrer Sicht als nicht ausreichend. Die Teilnehmenden wünschen sich noch mehr Möglichkeiten, selbst etwas beizutragen, beispielsweise durch eine stärkere Förderung von Solarenergie im Eigenheim oder auch bessere Recyclingkonzepte. Darüber hinaus wünschen sie sich den Ausbau der Fahrrad- und ÖPNV-Infrastruktur, einen geringeren Verbrauch fossiler Brennstoffe, mehr Naturschutz und eine noch stärkere Aufklärung in der Gesellschaft. Hier wird gleichzeitig ein mangelndes Interesse von Teilen der Bevölkerung beklagt.

Deutlicher Ausbau der Radinfrastruktur. Ich würde gerne mit dem Rad durch Hessen reisen, ohne mich immer wieder auf Landstraßen selbst gefährden zu müssen oder im nichts zu landen.
Männlich, 27 Jahre

Ressourcenschonung und Tierschutz sind sehr wichtig. Der Ausstieg aus fossilen Energien und eine Sensibilisierung der Bevölkerung für die Natur wären gute Maßnahmen.

Männlich, 55 Jahre

Im Bereich Umwelt und Klima ist mir Ganzheitlichkeit wichtig. Windräder aufstellen und den Artenschutz außer Acht lassen ist für mich keine gute Umweltpolitik. Wälder abholzen für Autobahnen oder Firmen, die zu viel Grundwasser entnehmen, sind ebenfalls keine gute Umweltpolitik. Es muss vielmehr ganzheitlich gedacht werden, um die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln sicherzustellen. Warum werden kleine Maßnahmen wie Regenwasserzisternen nicht gefördert? Warum schauen wir bei den Solaranlagen nicht in die Niederlande, wo es ein viel besseres Konzept gibt und fast jedes Haus eine Solaranlage auf dem Dach hat? Warum bezieht man Bauern nicht stärker in Beratungen mit ein, die nun einmal unsere Lebensmittel produzieren? Warum werden mit Subventionen auch Großkonzerne gefördert? Das sind alles Fragen, bei denen ich mir Verbesserungen wünsche.

Weiblich, 39 Jahre

Die Teilnehmenden der Online-Community wurden zudem gebeten, für verschiedene alltägliche Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz zu kennzeichnen, inwiefern sie diese Maßnahmen bereits selbst durchführen oder sie für sinnvoll halten und vorhaben, sie in Zukunft umzusetzen, oder sie generell für nicht sinnvoll erachten. Nach eigener Aussage spielt umweltgerechtes Verhalten bei den Teilnehmenden eine große Rolle im Alltag.

Konsens unter den Teilnehmenden ist dabei die Realisierung der folgenden Aspekte: weniger Dinge neu kaufen, Strom sparen, weniger Auto fahren, beim Neukauf von Geräten auf deren Ökobilanz achten, Plastik so weit wie möglich vermeiden, Wasser sparen und keine Lebensmittel wegwerfen. Ebenfalls weitestgehend etabliert ist die Trennung von Müll – einige bekunden zudem, weniger Fleisch zu essen und häufiger das Fahrrad oder den ÖPNV zu nutzen.

Maßnahmen, die stärker in die persönlichen Lebensgewohnheiten eingreifen oder mit finanziellen Mehrkosten verbunden sind, wie z. B. weniger fliegen, mehr Bio-Lebensmittel kaufen oder Ökostrom beziehen, spalten hingegen die Teilnehmenden.

Ein über die Änderung des eigenen Konsumverhaltens hinausgehendes, aktives politisches Engagement für Windräder oder den Klimaschutz allgemein findet wenig Unterstützung. Umgesetzt werden also insbesondere die Dinge, die habitualisiert und einfach umzusetzen bzw. zugleich mit positiven finanziellen Implikationen verbunden sind.

.....

Solange Großkonzerne weiterhin die Umwelt verschmutzen dürfen, spielt es überhaupt keine Rolle, wie viel Fleisch ich esse oder wie oft ich fliege.

Weiblich, 39 Jahre

.....

.....

Am sinnvollsten finde ich möglichst wenig Lebensmittel wegwerfen. Hieße also, nur das einzukaufen, was man auch wirklich verbraucht. Oder die Reste am nächsten Tag zu essen. Wasser sparen ist auch eine sehr sinnvolle Methode. Man sollte sein Grauwasser unbedingt weiter verwenden können. In Japan ist es schon an der Tagesordnung, dass das Grauwasser für die Toilettenspülung benutzt wird.

Weiblich, 56 Jahre

.....

Ich würde Geräte, die fest verschweißt sind, zum Verkauf verbieten – ich möchte Kabel oder Akku tauschen können. Sammelaktionen, z. B. in Schulen von Papier oder Batterien durch die Kinder, mit Belohnsystem, z. B. eine Tomatenpflanze, fände ich super.

Weiblich, 65 Jahre

.....

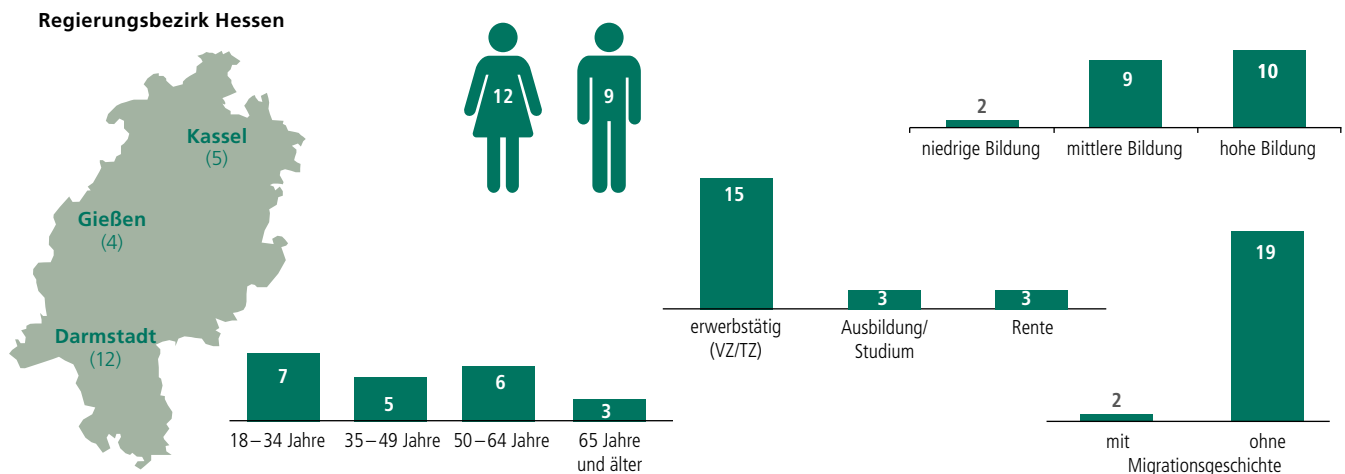
Anhang

Untersuchungsanlage quantitative Teilstudie

- Grundgesamtheit:** Wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren in Hessen
- Erhebungsverfahren:** Mixed-Mode-Befragung (CATI/CAWI)
- Stichprobenanlage:** CATI: repräsentative Zufallsstichprobe
CAWI: Quotenstichprobe aus Access-Panel
- Erhebungszeitraum:** 7. – 18.6.2022
- Fallzahl:** 1.288 Interviews
- Gewichtung:** Designgewichtung und faktorielle Gewichtung nach soziodemografischen und regionalen Merkmalen
- Das Institut:** Kantar Public, Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin
Ihre Ansprechpartner_innen: Christoph Döbele, christoph.doebele@kantar.com
Xenia Zerweck, xenia.zerweck@kantar.com

Anhang

Methodenübersicht: Teilnehmendenstruktur

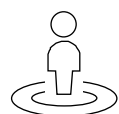


Anhang

Methodenübersicht: Online-Community



Laufzeit: 2.–4. August 2022 mit ca. 30 Minuten am Tag



Zielgruppe: wahlberechtigte Personen in Hessen ab 18 Jahren/
quotiert nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Tätigkeit



Engagement: 30 Registrierungen > 21 komplette Teilnahmen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	
Allgemeine Lebenszufriedenheit in Hessen	5
Abbildung 2	
Allgemeine wirtschaftliche Lage in Hessen	6
Abbildung 3	
Collagen zum Land Hessen	7
Abbildung 4	
Interesse an Politik	9
Abbildung 5	
Berührungspunkte mit Politik im Alltag	10
Abbildung 6	
Wahrnehmung von Bundes- und Landespolitik	11
Abbildung 7	
Botschaften an die Landespolitik	12
Abbildung 8	
Wirtschaftliche Transformation	13
Abbildung 9	
Bewertung verschiedener Gesundheits- und Pflegebereiche	16
Abbildung 10	
Priorisierung Mobilität und Verkehr	18
Abbildung 11	
Statements zu Mieten und Wohnen	19
Abbildung 12	
Statements zur Bildung	20

IMPRESSUM:

ISBN 978-3-98628-210-3

Herausgegeben vom

Landesbüro Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung
Simon Schüler-Klößner
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
www.fes.de/hessen

Bestellung/Kontakt:

landesbuero.hessen@fes.de

Verfasser_innen:

Christoph Döbele, Xenia Zerweck
Kantar Public
Alt-Moabit 96a
10559 Berlin

Lektorat:

Sönke Hallmann

Gestaltung:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Titelfoto:

[Anatoliy Savitskiy/AdobeStock.de](https://www.adobe.com/stock/photos/Anatoliy-Savitskiy)

Druck:

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© 2022

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:
<https://www.fes.de/landesbuero-hessen>

ISBN 978-3-98628-210-3